



Dr. Klaus Reinhardt  
15. Januar 1941, Offizier, Politikwissenschaftler und Politologe. Gebürtiger Berliner. Nach dem Abitur 1960 Entscheidung für den Offiziersberuf. Studium der Geschichte und der Politischen Wissenschaften in Freiburg, Promotion. 1973 Generalstabsausbildung. Verschiedene Kommandeurs- und Stabsverwendungen. 1983 Adjutant des Verteidigungsministers. Als Leiter der Stabsabteilung „Planung“ u.a. zuständig für die militärische Zusammenführung der Bundeswehr mit der ehemaligen Nationalen Volksarmee der DDR. 1990 Leiter der Führungsakademie der Bundeswehr. 1994 Chef des Heeresführungskommandos für die Auslandseinsätze der Bundeswehr. 1998 als General Oberbefehlshaber der Alliierten Landstreitkräfte in Europa. 1999 Übernahme des KFOR-Kommandos im Kosovo. 2001 Ruhestand, 2002 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft.

## Dr. Klaus Reinhardt

*General a.D. ehem. Befehlshaber Alliierte Landstreitkräfte Europa Mitte*

### „Gemeinsam sicher: Vision und Realität europäischer Sicherheitspolitik“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich freue mich, dass ich wieder quasi daheim bei Ihnen in Hamburg sein und Ihnen zur Vision und zum aktuellen Sachstand der europäischen Sicherheitspolitik einige kritische Anmerkungen vortragen darf.

Seit dem 12. Dezember des vergangenen Jahres gibt es erstmalig eine offizielle „Europäische Sicherheitsstrategie“, die Javier Solana, der Hohe Vertreter der Europäischen Union für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, erarbeitet und den Mitgliedsstaaten vorgelegt hat.

Ich komme gerade aus Nizza von der Konferenz einer hochkarätig zusammengesetzten internationalen Arbeitsgruppe, zu deren Leiter Solana mich ernannt hat. Unsere Aufgabe war es, in Ergänzung zu dieser neuen Strategie praktische Vorschläge für künftige Friedenseinsätze der Streitkräfte der Europäischen Union auszuarbeiten und ihm diese dann Mitte des Monats vorzulegen.

#### *Die europäische Vision*

Als am 1. Mai 2004 zehn neue Länder der Europäischen Union beitreten, bedeutete dies mehr als bloßes Anwachsen der Gemeinschaft um 80 Millionen auf nunmehr 450 Millionen Bürgerinnen und Bürger. Das Datum markierte vielmehr die Überwindung der Teilung eines Kontinents und steht für die Stärkung von Demokratie und Wirtschaftskraft. Eine beispiellose Erfolgsgeschichte.

Noch nie war Europa in seiner Geschichte so geeint, noch nie hatte es sich einer so langen und ununterbrochenen Friedensperiode erfreut, die mit jedem Tag länger wird. Keine imperiale Macht und keine religiöse Kraft, weder der Mythos der Nation noch die Macht technischer Überlegenheit oder der Herrschaftswille der Diktatoren und Ideologen hat ein größeres Maß an Zusammenhang und Zusammenarbeit der europäischen Völker zustande gebracht als die EU.

Der Magnetismus der europäischen Integration hat den Reformprozessen in Ostmitteleuropa Richtung und Momentum gegeben. Mitglied der EU zu werden, das war die Ambition praktisch jeder Reformbewegung im geographischen Raum des europäischen Kontinents, und weitere Staaten warten darauf, den gleichen Weg gehen zu können. Ich nenne beispielhaft u.a. die Ukraine, die Staaten des Kaukasus, Serbien, Albanien, Montenegro und das Kosovo.

15 Jahre nach dem politischen Beben in der Mitte Europas hat sich die freiwillige Bündelung von Souveränität zur Gewinnung gemeinsamer Handlungsfähigkeit als die größte Idee der Europäer seit der Aufklärung erwiesen.

Das Konzept der Integration ist jedoch nicht zweckfrei gedacht und keine primär ethische Geste. Es entspringt vielmehr der Einsicht, dass für die Staaten Europas Wohlfahrt und Sicherheit, zwei der elementaren Aufgaben staatlichen Handelns, nicht mehr allein, sondern nur noch in Ergänzung nationaler Handlungsfähigkeit durch den europäischen Verbund zu erreichen sind. In einer global zusammenwachsenden Welt bil-

den selbst die großen Akteure Europas für sich genommen keine relative Größe mehr. In diesem Sinne ist die Integration zum Überlebensrezept der kleinräumigen Staaten des alten Kontinents geworden.

### *Europäische Sicherheitsstrategie*

Dabei sieht sich die erweiterte EU von innen wie außen immer stärker mit der Forderung konfrontiert, weltweit mehr sicherheitspolitisches Engagement zu übernehmen. Javier Solana hat im Kontext seines Entwurfs für die strategische Gesamtausrichtung Europas auf die militärische Glaubwürdigkeit der EU hingewiesen. Europa ist auf Grund seiner wirtschaftlichen Bedeutung und seiner Bevölkerungsgröße zum globalen Akteur geworden und muss deshalb dafür Sorge tragen, dass es seiner Verantwortung für die globale Sicherheit auch gerecht wird.

Die drei wesentlichen Bedrohungskulissen für die Zukunft fasst die neue Europäische Sicherheitsstrategie zusammen unter den Begriffen Terrorismus, Massenvernichtungswaffen und Staatszerfall. Um diesen Gefahren angemessen entgegenzutreten zu können, muss die EU für Stabilität und Demokratie in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft sorgen sowie den multilateralen, auf den Grundsätzen des Völkerrechts fußenden Ansatz der UN mit allen Mitteln unterstützen.

Dies bedeutet in seiner Konsequenz auch die Bereitstellung erforderlicher militärischer Mittel für die UN, falls nötig auch in präventiver Funktion. Dieses Ziel zur Schaffung einer europäischen strategischen Kultur, die zur schnellen, rechtzeitigen und – wenn notwendig – auch harten Intervention bereit ist, dürfte zu mehr politischem Gewicht der EU führen und eine verlässliche Stütze der UN schaffen. Außerdem würde Europa sich damit mehr politischen Einfluss auf geostrategische Entscheidungen schaffen, was mit Blick auf die unilaterale Ausrichtung der amerikanischen Außenpolitik von ganz besonderer Bedeutung ist.

### *Europäische Rapid Reaction Forces*

Für den Aufbau der militärischen Mittel zur Konfliktregelung liegen seit längerem Vorschläge vor. Bereits im Jahr 1999 legte der Europäische Rat in Helsinki hierzu einen Grundstein, indem sich die Staats- und Regierungschefs darauf einigten, aus dem Gesamtpf von rund 1,8 Mio europäischer Soldaten eine 60 000 Mann starke europäische Eingreiftruppe aufzubauen. Diese Vorgaben umfassten klare Streitkräfteforderungen und Fähigkeitskriterien, nach denen sich die Mitgliedsstaaten bei der Bereitstellung der „European Rapid Reaction Forces“ in ihrer zukünftigen Streitkräfteplanung zu richten haben. Die Mitgliedsstaaten verpflichteten sich, auf freiwilliger Basis diese Eingreiftruppe bis zum Sommer 2003 aufzustellen. Sie soll innerhalb von 60 Tagen verlegbar sein und über den Zeitraum von einem Jahr im Einsatzland verbleiben können. Unter Berücksichtigung der erforderlichen Einheiten zur Unterstützung und der regelmäßigen Ablösung der Truppen vor Ort bedeutet dies letztendlich ein Gesamtvolumen von etwa 180 000 Mann, also rund 10 Prozent des Gesamtumfangs der europäischen Streitkräfte, die alle mit modernsten Waffen und Führungssystemen ausgerüstet und bestmöglich auf den Einsatz vorbereitet werden sollen.

In der Zwischenzeit wurden in Brüssel auch die erforderlichen Führungsstrukturen aufgebaut, wie ein europäisches Military Committee, ein gemeinsamer Militärstab, ein rund um die Uhr besetztes militärisches Operationszentrum und ein zivil-militärischer Planungsstab, der auch die zivilen Komponenten möglicher Einsätze wie Polizei, Rechtsvertreter, Wirtschaftsfachleute, Administratoren u.a. zu koordinieren in der Lage ist und bei dem künftigen Außenminister der EU angesiedelt ist.

Nach jahrelangem Streit – Sie alle erinnern sich an den „Pralinen-gipfel“ in Brüssel im letzten Jahr – hat man sich in enger Absprache mit der NATO endlich doch und m.E. richtigerweise dafür entschieden, für europäische Einsatzplanungen zunächst erst einmal auf den schon bestehenden und voll funktionierenden Planungsstab der NATO zurückzugreifen, der dann eben ohne die amerikanischen und kanadischen Offiziere tätig wird.

Ein klarer Weg eines gesamteuropäischen Streitkräfteansatzes scheint damit vorgegeben zu sein. Die Dringlichkeit dieses Ansatzes wird mit Blick auf die globale Konfliktkarte zusätzlich verstärkt.

Das alles klingt sehr viel versprechend und zukunftsweisend; wir könnten uns angesichts dieser europäischen Vision eigentlich auf die Schultern klopfen, aber die Wirklichkeit sieht leider anders aus: Die europäischen Sicherheitsorgane, vor allem die europäischen Streitkräfte, sind in der Realität von ihren Vorgaben noch weit entfernt.

Wenn die europäischen Verteidigungsminister auch am 19. Mai des vergangenen Jahres die 60 000 Mann der Europäischen Eingreiftruppe für „operativ einsatzbereit“ erklärten, so mussten sie doch sehr starke Einschränkungen konstatieren und vor erheblichen strategischen Defiziten warnen, die einen möglichen Einsatz stark beeinträchtigen würden. Wenn es ernst werden würde für umfangreichere Einsätze als die in Mazedonien oder beim Einsatz im Kongo, dann würden die Europäer sehr schnell an ihre strategischen Grenzen stoßen.

Zukunftsweisend ist dahin gehend die Entscheidung Frankreichs, Großbritanniens und Deutschlands vom Februar dieses Jahres, zusätzlich eine rund 1500 Mann starke Battle-Group bis zum Jahr 2007 aufzustellen, um damit kurzfristig innerhalb von nur 15 Tagen reaktionsfähig zu sein. Der Einsatz in Bunia/Kongo diene hier als Vorgabe.

Interessant wird werden, ob und wie es der EU gelingen wird, bis zum Ende des Jahres die Aufgabe von SFOR in Bosnien-Herzegowina voll verantwortlich zu übernehmen und damit erstmalig eine Aufgabe zu schultern, die der transatlantischen Allianz durchaus ebenbürtig ist. Im Augenblick gibt es noch mehr Fragen als klare Vorstellungen, wie das laufen soll.

### *Folgerungen aus dem Irak-Krieg*

Eines der entscheidenden Probleme der europäischen Streitkräfte ist, dass ihre Möglichkeiten, bei internationalen Einsätzen mit unseren amerikanischen Freunden auf der vollen Bandbreite zu kooperieren, alarmierend niedrig sind. Es wäre, als würde man ein Rennpferd und einen Brauereigaul vor einen ägyptischen Kampfwagen spannen: Der Brauereigaul würde das Tempo bestimmen und der Kämpfer auf dem Wagen wäre nicht mehr in der Lage, die hohe Flexibilität seines Kampfwagens auszuspielen. Lassen Sie uns diese vielleicht etwas provozierende Behauptung an der Realität des Irak-Krieges messen:

Die Amerikaner haben uns im Irak erstmals – wenn auch nur ansatzweise – den Krieg des 21. Jahrhunderts unter den Bedingungen von Network-Centric Operations vorgeführt, einen Krieg, dessen enormes Operationstempo die meisten der europäischen Streitkräfte nicht hätten mithalten können.

In diesem Krieg wurde – wie schon vorher im Luftkrieg über dem Kosovo und im Krieg in Afghanistan – deutlich, wie sehr den europäischen Luftstreitkräften ausreichende Bestände an Präzisionswaffen aus der Luft fehlen. Ihnen mangelt es auch an einer durchgehenden Nachtkampffähigkeit. Darüber hinaus zeigte es sich erneut, wie problematisch es war, die Fähigkeiten der Luftnahunterstützung rigoros abzubauen; so hat die Bundeswehr kein einziges Flugzeug, das dazu in der Lage wäre.

Einige europäische Staaten sind gerade erst dabei, nachtkampffähige Panzerabwehrhubschrauber einzuführen, die trotz fast 30-jähriger Entwicklungszeit in der Bundeswehr bis heute noch immer nicht fliegen.

Noch kritischer als alle diese Defizite ist – angesichts der Komplexität des Gefechtsfeldes und der zunehmenden Internationalität der Einsatzkräfte – das Fehlen eines gemeinsamen, d.h. multinationalen Führungs-, Aufklärungs- und Daten-Übertragungssystems, das alle Kräfte auf dem Gefechtsfeld, im Wasser und in der Luft mit den Führungsstäben verbindet.

#### *Einsatz von Drohnen*

Erlauben Sie mir, die Dynamik und Rasanzenz, die sich hinter diesen Hightech-Operationen verbinden, an einem praktischen Beispiel zu erläutern:

Im Jahr 2001 gab es im Jemen einen militärisch spektakulären Einsatz, der die Fachwelt damals zu ungläubigem Kopfschütteln veranlasste. Wir erinnern uns: Es war der erste scharfe Einsatz einer unbemannten amerikanischen Kampfdrohne, mit der ein Führer der Al Qaida mitten im Jemen ausgeschaltet wurde.

Das Auto des Al Qaida-Mannes fuhr in der Wüste auf einer Sandpiste 160 km östlich von Sana, der Hauptstadt des Jemen. Im Abstand von rund 20 km Höhe kreiste eine unbemannte Aufklärungsdrohne vom Typ GLOBAL HAWK, die wir künftig auch in der Bundeswehr haben werden. Diese Drohne kann 24 Stunden über dem Einsatzraum kreisen, beobachten und Zieldaten weiterleiten. Sie stellte mit ihren Radargeräten die Koordinaten des Fahrzeugs mit einer Genauigkeit von weniger als einem Meter fest, übermittelte sie aus dem Flug an ein hunderte von Kilometern entferntes Einsatzkommando, das in Djibouti stationiert war.

Aus Djibouti wurde dann eine „Kampf“-Drohne vom Typ PREDATOR, ausgerüstet mit lasergesteuerten Luft-Boden-Raketen Hellfire, gestartet. Sie wurde während des Fluges mit den aktuellen Zieldaten der GLOBAL HAWK gefüttert und auf das Ziel im Jemen programmiert. Sie flog es in niedriger Höhe über mehrere hundert Kilometer Entfernung an und wurde schließlich aus Djibouti für den Angriff auf den Al Qaida-Terroristen freigegeben. Sie griff das Ziel selbständig an und vernichtete es.

Mir geht es jetzt hier nicht um die Frage, ob ein solcher Einsatz völkerrechtlich überhaupt erlaubt war, sondern vielmehr um die technischen Möglichkeiten der zielgenauen Bekämpfung aus weitester Entfernung.

Ein Aufklärungsergebnis, gewonnen von einem weit vom Entscheidungszentrum operierenden unbemannten Luftaufklärungsmittel, direkt in den mehrere hundert Kilometer entfernten Gefechtsstand zu überspielen und von dort aus über eine unbemannte Kampfdrohne das erkannte Objekt zielsicher zu bekämpfen, das ist der eigentliche Clou. Dieser Einsatz berührt in seinem Kern das, was technisch das Schwierigste ist: die Integration verschiedener Komponenten zum System.

War dieser Einsatz im Jahr 2001 noch eine Sensation, so fanden im Krieg gegen den Irak rund 6500 Einsätze mit Aufklärungs- und Kampfdrohnen aller Art statt, wobei die Kampf-Drohnen von Piloten von einem Stützpunkt in Nevada, die Aufklärungs-Drohnen von Kalifornien aus gelenkt wurden.

#### *Das strategische Dilemma der europäischen Streitkräfte*

Zurück zu den Europäern, die dieses Tempo bisher nicht mitgehen können und sich schwer tun, Anschluss zu halten.

Dieser Trend ist umso unverständlicher, als die europäischen Nationen schon seit längerem beschlossen hatten, alle erforderlichen Maßnahmen einzuleiten, um multinationalen Einsätzen in Krisen und Konfliktfällen

künftig klaren Vorrang gegenüber den traditionellen Überlegungen einer kollektiven Verteidigung einzuräumen.

So hatte die NATO 1999 auf ihrem Gipfel in Washington in ihrem Modernisierungsprogramm mit dem Titel „Defense Capabilities Initiative“ (DCI) verkündet, die Einsatzbereitschaft der europäischen Partner gegenüber den neuen Risiken und damit auch die Möglichkeit ihrer Zusammenarbeit mit den USA zu erhöhen. In die gleiche Richtung zielten auch die Vorhaben der EU, die auf dem Gipfel von Helsinki unter der Überschrift „European Headline Goal“ beschlossen wurden.

Beide Maßnahmenpakete wurden von den Europäern jedoch bisher finanziell nicht abgesichert. Das strategische Dilemma der europäischen Partner, das sich aus dieser Situation ergibt, zeigt sich seitdem überdeutlich:

Die USA könnten sich mit ihren High-tech-Streitkräften künftig auf Interventionsaufgaben beschränken, während den Europäern die Aufgabe zukäme, im Anschluss an solche Einsätze die eher undankbaren und militärisch weniger anspruchsvollen Stabilisierungsaufgaben zu übernehmen. Die Operation „ENDURING FREEDOM“ und die weitgehend von Europäern durchgeführten Stabilitätsaufgaben der ISAF in Afghanistan könnten als Modell gelten.

Wenn die Europäer künftig aber auf die strategischen Entscheidungen der USA wirklich Einfluss nehmen wollen, müssen sie in der Lage sein, sich dann, wenn es ihrer Interessenlage entspricht, in begrenztem Umfang mit eigenen und hochmodernen Interventionskräften an möglichen Einsätzen zu beteiligen.

Diesem Ansatz gilt die Verpflichtung, die so genannten „NATO Response Forces“ aufzubauen, an denen sich die europäischen Staaten mit 95 Prozent des Gesamtansatzes in gemeinsame Operationsführungen einbringen wollen. Es wird sich zeigen, ob es den Europäern damit wirklich ernst ist und inwieweit sie gewillt sind, diese gemeinsamen Kräfte für den langfristig strategisch ungemein wichtigen Ansatz bereitzustellen und sie auch hochmodern auszurüsten.

Angesichts der allgemein leeren Haushaltskassen ist nicht zu erwarten, dass die europäischen Regierungen die finanziellen Mittel ihrer Verteidigungshaushalte von derzeit insgesamt rund 160 Mrd. €, davon etwa ein Fünftel, also rund 32 Mrd. €, für Forschung und Entwicklung sowie für militärische Beschaffungen, kurzfristig drastisch erhöhen werden.

Umso erforderlicher wäre es daher, diese doch beachtlichen europäischen Rüstungsanstrengungen enger zu harmonisieren, um über die Synergie Mittel für die technische Erneuerung freizubekommen. Fachleute haben berechnet, dass bei der Poolung der Forschungs- und Beschaffungsmittel ein Synergieeffekt von 30 bis 40 Prozent erzielt werden könnte.

Noch wichtiger aber ist es, sich endlich von Strukturen und militärischen Beschaffungsforderungen zu lösen, wie dies die Bundeswehr in ihrem eben neu begonnenen Prozess einer umfassenden und in die Zukunft reichenden Transformation der Streitkräfte endlich eingeleitet hat, um nicht weiter dem überholten Denken einer Verteidigung gegen die Bedrohungen von gestern zu huldigen.

Die Erweiterung der eingeleiteten europäischen Reformansätze im Sinne einer weiter gehenden Transformation käme nicht nur der europäisch-amerikanischen Kooperation entgegen, sondern ist die zentrale Grundlage und Voraussetzung für den Aufbau einer glaubhaften europäischen Verteidigungskapazität, die bisher nur in rudimentären Ansätzen zu erkennen ist.

### *Folgerungen für die europäische Rüstungsindustrie*

Hatten bisher sehr häufig militärische Notwendigkeiten industrielle Entwicklungen bestimmt und angeregt, werden inzwischen die wesentlichen Fortschritte in der Informationstechnologie als der Schlüsseltechnologie des neuen Zeitalters durch den zivilen Markt vorangetrieben. Umso wichtiger ist es, sich auf dem zivilen Markt umzusehen, was dort angeboten wird, bevor man sich zu teuren militärischen Eigenentwicklungen entschließt. Nur durch Nutzung kommerzieller Technologien werden wir die bisher viel zu langen Entwicklungszyklen abkürzen können.

Dabei geht auch die Industrie neue Wege. So hat in den USA Boeing zusammen mit Science Applications International Cooperation (SAIC) die Systemführung beim Zukunftsprogramm des amerikanischen Heeres, dem Future Combat System (FCS), gewonnen, ohne je ein Fahrzeug gebaut zu haben. In ähnlicher Weise hat auch Lockheed Marietta die Systemführung beim Jahrhundertvorhaben der amerikanischen Küstenwache DEEP WATER inne, ohne jemals selbst ein Schiff gebaut zu haben. Bei DEEP WATER geht es um Fähigkeiten, die entweder durch Schiffe/Boote oder durch Flugzeuge/Hubschrauber/Drohnen optimal abzudecken sind. Es geht bei diesem Ansatz primär um die Fähigkeiten industrieller Konsortien, verschiedene Systeme zu einem übergreifenden Gesamtsystem zu integrieren.

Im Rahmen der europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität kann es nun nicht darum gehen, alles völlig neu und im Gegensatz zu den USA zu erarbeiten, aber es ist unabdingbar, die europäischen Systeme so zu konzipieren, dass sie mit den amerikanischen Konzepten interoperabel sind.

Sinnvoll wäre es, die amerikanischen Ansätze als Maßstab zu akzeptieren, jedoch eigene Antworten zu finden, die den europäischen Erfordernissen sowie der eigenen Industrie Rechnung tragen und die enge Vernetzung mit den USA sicherstellen. Solange die nationalen wie europäischen Lösungen einer wirklichen technischen Interoperabilität im Sinn von „plug and fight“ entsprechen, wird die Effektivität der europäischen Bündnisfähigkeit gesteigert und damit ihr politisches Einflusspotential gegenüber den USA erhöht.

Europas Industrien können durchaus komplexe Simulationsanlagen, ferngelenkte Flugzeuge sowie präzise Abstandswaffen bauen und in bestimmten Bereichen sogar bessere Produkte auf den Markt bringen als die USA. Was ihnen fehlt, ist ein harmonischer Ansatz und der politische Wille, das alles in einen funktionierenden Verbund zu bringen, sowie die offene Bereitschaft zur Partnerschaft. Transformation beginnt oben.

Die in Bonn eingerichtete europäische Rüstungsagentur OCCAR (Organisation Conjointe de Coopération en Matière d'Armement) geht daher in die richtige Richtung. Reine Absichtserklärungen und das Zeichnen von politischen Dokumenten reichen aber nicht aus. Wenn Europa mit einer europäischen Rüstungsagentur wirklich Ernst machen möchte, dann braucht diese übergreifende Kompetenzen, vor allem aber ein eigenes Budget. In diesem Sinn hat der deutsche Vorstandsvorsitzende der EADS, Rainer Hertrich, völlig Recht, wenn er für die OCCAR eigene Mittel fordert, um sie damit in die Lage zu versetzen, eine gemeinsame und übergreifende europäische Forschungs- und Entwicklungskapazität aufzubauen, ohne die es keinen gemeinsamen Weg Europas zu den technischen Hochleistungssystemen von morgen geben wird.

Die europäischen Verteidigungsminister haben darüber hinaus beschlossen, eine Europäische Verteidigungsagentur aufzubauen, um die Beschaffungsplanung der europäischen Nationen im „top down“ Ansatz

besser zu koordinieren und die Europäische Kommission, die diese Agentur finanziell aus gemeinsamen Mitteln ausstatten soll, über den Fortschritt der Arbeit zu informieren. Der recht mickerige Ansatz von bisher nur rund € 70 Mio. lässt aber noch sehr zu wünschen übrig und zeigt, dass es sich hier eher um eine politische Feigenblatt-Aktion als um ein wirklich zukunftsgerichtetes Unternehmen handelt. Aber man soll ja die Hoffnung nicht aufgeben: Vielleicht entwickelt sich aus diesem Baby mittelfristig doch noch eine veritable politisch schlagkräftige europäische Gesamteinrichtung zur Koordinierung und Beschaffung künftiger europäischer Waffensysteme. In diese neue Europäische Verteidigungsagentur müsste mittelfristig natürlich die eben genannte europäische Rüstungsagentur OCCAR integriert werden, um künftige Doppelansätze zu vermeiden.

Wir wissen als Europäer also, was wir wollen, wir wissen auch, was wir tun müssen, um uns in den amerikanischen Transformationsprozess auf dem Weg hin zum Network-Centric Warfare einzuklinken. Die Frage wird sein, inwieweit die USA dann auch bereit sind, ihren technischen Vorsprung mit den europäischen Partnern zu teilen.

#### *Konsequenzen für die europäischen Streitkräfte*

Worauf sollten sich die Europäer also konzentrieren?

Die wichtigste Voraussetzung für die erfolgreiche Führung multinationaler Interventionseinsätze ist der Aufbau eines interoperablen, satellitengestützten Führungs-, Datenübertragungs- und Aufklärungsverbundes.

Die Erfahrungen der Auslandseinsätze der letzten zehn Jahre haben gezeigt, dass dabei fast ausschließlich multinational zusammengesetzte Truppenkörper zum Einsatz kommen, die teilweise bis auf die Ebene des Bataillons hinunter gemischt sind.

Wenn diese multinationalen Truppen zu gemeinsamen Operationen eingesetzt werden sollen, müssen sie in der Lage sein, miteinander zu kommunizieren, Daten auszutauschen und Aufklärungsergebnisse unmittelbar an das nächstliegende Waffensystem weitergeben zu können. Dazu benötigen sie als gemeinsames Rückgrat und Nervensystem ein interoperables Führungs-, Aufklärungs- und Daten- und Kommunikations-Netz, dessen praktische Verwirklichung der wichtigste Baustein moderner Interventions- und Stabilitätskräfte sein wird.

Es geht aber nicht nur um die Verbesserung der Führungs- und Aufklärungskapazitäten, sondern um die Realisierung der neuen Doktrin von „Network Centric Warfare“. Hinter diesem Begriff verbirgt sich ein revolutionäres Konzept, das durch die wirksame Verbindung bzw. Vernetzung aller im Einsatzraum notwendigen Wirkungsfaktoren Informationsüberlegenheit in erhöhte Einsatzleistung umsetzt.

Vereinfacht gesagt geht es darum, dass es künftig nicht mehr auf die einzelnen Waffen- und Aufklärungssysteme ankommt, sondern auf deren Wirkung im Verbund. Die Grundthese lautet: Vernetzt man die leistungsfähigen Führungs- und Einsatzsysteme, so ergibt sich nicht nur eine additive, sondern vielmehr eine exponentielle Leistungssteigerung.

Die amerikanischen Streitkräfte haben im Irak-Krieg rund 450 leistungsfähige Führungs- und Informationssysteme zusammengeschlossen und damit ihr ungemein hohes Operationstempo sowie das überzeugende Zusammenwirken der Systeme aller eingesetzten Teilstreitkräfte überhaupt erst möglich gemacht.

Ziel der neuen Doktrin ist letztendlich, das bisherige Duell auf dem Schlachtfeld und die daraus resultierende Abnutzung des Gegners zu ersetzen durch die Ausschaltung und Lähmung seiner Führung, seiner Aufklärung und Waffensysteme.

Genauso unabdingbar ist der Aufbau einer europäischen Lufttransport-Komponente, um die Streitkräfte überhaupt erst einmal dorthin zu bringen, wo sie benötigt werden. Die Beschaffung der A 400 M ist die unabdingbare Grundlage für den Aufbau eines europäischen Lufttransport-Kommandos.

Unbemannte Flugkörper in Form von Drohnen können Räume überwachen, gezielt weit in die Tiefe aufklären und Einsatzdaten direkt an Waffensysteme übermitteln und künftig selbst bekämpfen. Auf diesem Gebiet haben die Europäer anspruchsvollstes technisches Know-how, dem die Zukunft gehört und das – wie dies die Franzosen derzeit mit der Entwicklung einer unbemannten Kampfdrohne (UCAV) anstreben – gezielt weiterentwickelt werden sollte.

Unabhängig davon müssen die europäischen Luftstreitkräfte an der Entwicklung und Beschaffung von Präzisionswaffen festhalten und damit die Lücke schließen, die über dem Kosovo schonungslos offen gelegt wurde.

Kooperationsfähigkeit ist aber nicht nur eine Frage technischer Interoperabilität. Sie muss sich vielmehr auch in der gemeinsamen Weiterentwicklung operativer Einsatzkonzepte, in der Erarbeitung gleicher taktisch-operativer Doktrinen, im Aufbau gemeinsamer Strukturen und in einheitlichen Ausbildungskriterien niederschlagen. Ohne Kooperationsfähigkeit werden die europäischen Anstrengungen, eine eigenständige Komponente der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu schaffen, im Ansatz stecken bleiben.

#### *Kritische Anmerkungen zum Peacekeeping der europäischen Streitkräfte*

Erlauben Sie mir an dieser Stelle ein kritisches Wort zum Einsatz der Peacekeeping-Truppen, von denen wir Europäer behaupten, dass wir diesen besser und erfolgreicher durchführen als unsere amerikanischen Freunde, die in der Tat im Irak die militärischen Operationen brillant gewonnen, die anschließenden Peacekeeping-Operationen aber voll gegen die Wand gefahren haben.

Man könnte auf den ersten Blick mit der Entwicklung unserer Auslandseinsätze zufrieden sein, und ich denke, die deutsche Öffentlichkeit ist dies ebenso wie unsere Politiker, die in die Einsatzländer fahren und den Soldaten versichern, wie gut sie das alles machen. Es gibt aber kaum jemanden, der die Sinnfälligkeit der Einsätze hinterfragt.

Genau dies will ich mit Ihnen hier tun.

Meine These lautet, dass Peacekeeping derzeit Gefahr läuft, zu rein militärischen Auslandseinsätzen zu degenerieren. Unsere Soldaten im Ausland sollten nicht als Alibi für politischen Aktionismus genutzt werden. Seit unserem ersten größeren Einsatz in Somalia bis hin zu den aktuellen Einsätzen im Kosovo, in Bosnien-Herzegowina, in Kundus, in Kabul und demnächst wohl auch in Feyzabad frage ich mich immer wieder:

- Was können und sollen unsere Soldaten in ihren Peacekeeping-Einsätzen eigentlich bewirken?
- Sind unsere Einsatzkräfte für Peacekeeping eigentlich richtig zusammengestellt?
- Wird unter Peacekeeping nicht zu sehr der Einsatz von Soldaten verstanden, während es doch letztendlich um den Aufbau oder Wiederaufbau politischer Administrationen, vor allem aber um den Wiederaufbau der ökonomischen Verhältnisse im Sinn der Verbesserung der Lebensbedingungen der jeweiligen Bevölkerung gehen sollte?
- Wo ist eigentlich die politische Gesamtstrategie, die die Kräfte und Mittel für die jeweiligen Einsätze festlegt, die die politischen wie



- humanitären Absichten und Interessen der unterschiedlichen Regierungsorganisationen und der NGOs in einem gemeinsamen Konzept bündelt und mit den anderen beteiligten Nationen abstimmt?
- Wo ist der politische Wille der internationalen Gemeinschaft, aber auch unseres Landes, diese Einsätze wirklich zum Erfolg zu führen?

Ich möchte an zwei kurzen Beispielen deutlich machen, was ich meine:

- Kosovo

Für das Kosovo oder gar für den Bereich Südost-Balkan gibt es für mich keine erkennbare politische Gesamtkonzeption, sondern allenfalls ein muddling through. Vielleicht gibt es ja eine, nur kennt sie keiner.

Der für viele überraschende Ausbruch von Gewalt am 17. und 18. März 2004, bei dem 19 Menschen getötet, etwa 900 verletzt, bei dem 4100 Serben, Roma und Ashkali vertrieben und 27 ihrer Kirchen sowie 550 Häuser abgebrannt und zerstört wurden, zeigt, dass wir im Kosovo nach fünf Jahren ziviler Verwaltung durch UNMIK noch weit entfernt von irgendeiner Art von Normalität sind und dass die grundlegenden Probleme noch immer nicht angegangen worden sind.

Warum kam es überhaupt zu diesen Gewalttätigkeiten? Ich versuche, diese Frage aus der Sicht der Kosovo-Albaner zu beantworten. Nach fünf Jahren der Verwaltung durch UNMIK ist die Arbeitslosigkeit der jungen Bevölkerung von rund 40 Prozent im Jahr 2000 auf 73 Prozent gestiegen, in Mitrovica auf sogar 90 Prozent. Im Kosovo zeigt sich in gleichem Maße wie im Irak, in Afghanistan und in Bosnien-Herzegowina, dass Peacekeeping eben keine rein militärische Aufgabe, sondern vor allem eine wirtschaftliche und politische Herausforderung ist, der sich die internationale Gemeinschaft aber nur unzureichend stellt.

Ohne eine baldige Entscheidung über die politische Zukunft des Kosovo gibt es keine Privatisierung der Industrie und landwirtschaftlichen Betriebe, die offiziell immer noch im Besitz des sozialistischen Jugoslawiens sind. Ohne Privatisierung gibt es aber auch keine Investitionen von außen, wobei es durchaus investitionsfreudige Unternehmer gibt, aber die wollen natürlich vor ihrer Investition wissen, wohin sie ihr Geld investieren und was ihnen davon bleibt.

Ohne Investitionen von außen ist jedoch die völlig marode Wirtschaft nicht wieder flottzubekommen. Ohne Modernisierung und Wiederaufbau der Wirtschaft wird die Arbeitslosigkeit noch mehr steigen und werden sich noch mehr Menschen in der florierenden Schattenwirtschaft des Drogenhandels, der Prostitution, des Waffen-, Zigaretten-, Alkohol- und Menschenschmuggels engagieren, um ihre Familien irgendwie über Wasser zu halten. Diese Schattenwirtschaft übertrifft das offizielle Budget Kosovos um mehr als 200 Prozent.

Die Reaktion der internationalen Gemeinschaft nach dem Wüten der jungen und total frustrierten Albaner war das herkömmliche Strick-Muster: Man schickte zusätzliche Truppen und bewies damit kurzfristigen Aktionismus, ohne an die Symptome heranzugehen, die zu diesen schrecklichen Aktionen führten, bei denen die Albaner auf die serbische Minderheit eindroschen, in Wirklichkeit aber die Untätigkeit von UNMIK und der internationalen Gemeinschaft meinten.

Ich kann nur auf das Schärfste verdammen, was geschehen ist, denn das war bestimmt das falsche Signal, was gesendet wurde, aber eins ist auch klar: Geht man nicht endlich das politische und das damit eng verbundene Problem des ökonomischen Wiederaufbaus des Landes konsequent an, wird es weitere Gewalttätigkeiten geben, die sich angesichts der wieder explosiven Lage in Mazedonien, angesichts des drohenden Auseinanderfallens der von Solana ausgehandelten Föderation aus Montenegro und Serbien und der ebenfalls instabilen Lage in Bosnien-

Herzegowina zu einem erneuten Flächenbrand vor unserer Haustür mit all seinen negativen Konsequenzen für uns ausweiten könnten.

So gut und zuverlässig Soldaten im Friedenseinsatz auch sein mögen: Sie können allenfalls die äußere und innere Sicherheit als grundlegende Voraussetzung des politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbaus leisten. Gerade hier aber drückt sich die internationale Gemeinschaft um eine Entscheidung, was fatale Folgen haben könnte.

- Afghanistan

Ein kurzer Blick nach Afghanistan. Hier lief eigentlich alles according to the book. Auf der Petersberg-Konferenz wurden alle Beteiligten auf eine gemeinsame politische Linie eingeschworen. Eine Übergangsregierung unter Karsai wurde festgelegt, eine verfassungsgebende Versammlung hat sich auf eine künftige Verfassung geeinigt und auf der Berliner Konferenz wurde eine erste Zwischenbilanz gezogen sowie das weitere Vorgehen gemeinsam festgelegt.

All das hört sich sehr gut an und erfüllt die Forderungen einer gemeinsamen politischen Strategie. Leider hapert es aber an der Umsetzung in die Realität.

Das Hauptproblem in Afghanistan ist wohl, dass sich die internationale Gemeinschaft mit ISAF für eine nur für die Hauptstadt Kabul verantwortliche sehr beschränkte Friedenstruppe entschieden hat, um von dort aus die Übergangsregierung Karsai zu stabilisieren.

In der Zwischenzeit hat man zwar erkannt, dass diese Kräfte für den umfangreicheren Auftrag einer Stabilisierung ganz Afghanistans unzureichend sind, und sich für den Aufbau Regionaler Wiederaufbauteams (PRT) entschieden. Diese Wiederaufbau-Teams sollen vor Ort jeweils die administrative Aufbauarbeit der afghanischen Übergangsregierung, den lokalen Aufbau einheimischer Polizei- und Armeekräfte und die vorbereitenden Maßnahmen für die anstehenden Wahlen unterstützen.

Nur: Den Absichtserklärungen und Versprechungen müssen endlich Taten folgen. Vor Jahresfrist begann die NATO die Diskussion um den Aufbau zusätzlicher Wiederaufbauteams neben der Hand voll bereits bestehender PRT der amerikanischen und britischen Streitkräfte in Herat, Kandahar, Mazar-e-Sharif, Bamian, Ghazi und Jalalabad.

Auf dem NATO-Gipfel Ende Juni in Istanbul wurde beschlossen, vier weitere PRT einzurichten, aber das ist eine Mogelpackung. Eines der vier in Mazar-e-Sharif wird schon jetzt von Großbritannien betrieben und wechselt nur unter das Kommando der NATO. Zwei weitere, das britische in Meymana und Feyzabad, sind bisher Außenstellen schon bestehender PRT.

Nur das Wiederaufbauteam in Baghlan, das die Niederlande übernehmen wollen, ist wirklich neu, und auch hier geht es sehr langsam voran.

Problematisch ist auch die Absicht, sich dem Kampf gegen den Drogenanbau zu verschreiben. Allein im letzten Jahr wurden in Afghanistan 380 Tonnen Heroin produziert und an die Drogenhändler der Welt verteilt. Auf der Berlin-Konferenz vor einigen Wochen wurde beschlossen, 25 Prozent der Anbaufläche zu vernichten. Großbritannien hat diese Aufgabe übernommen. Nur: Intern haben die Briten erklärt, sie würden dieses Projekt gegenwärtig nicht weiter vorantreiben, da es bisher für die afghanischen Bauern keinen Ersatz für den Mohnanbau gebe und man es sich nicht mit den Bauern und den Warlords verderben wolle.

Drittes Problem ist die Demilitarisierung der Region. Die Warlords unterhalten knapp 100 000 Mann in ihren Privatarmeen, die sie z.T. aus den Einnahmen aus dem Drogenverkauf, zum anderen auch noch durch Mittel aus den Geheimdiensttöpfen der USA finanzieren. Sie sichern

alle freundlich die Demilitarisierung zu, immer mit dem Hinweis, sie würden sofort allen Aufforderungen nachkommen, wenn dies der Nachbar-Warlord auch täte. Und damit ist die Operation meistens beendet, zumal auch das Versprechen, den ehemaligen Soldaten nach Ablieferung ihrer Waffen neue Arbeit zu geben, hohl und nichtig ist. Ohne das Schaffen neuer Arbeitsplätze wird das politisch stark propagierte Demilitarisierungsprogramm allenfalls auf dem Papier Bestand haben.

Die NATO hat sich in Istanbul bereit erklärt, ihre Truppenstärke von derzeit 6500 Mann auf 10 000 zu erhöhen. Weitere zusätzliche Kräfte sollen zur Stabilisierung der Wahlen eingesetzt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, eilt der NATO-Generalsekretär von Land zu Land mit leider sehr überschaubarem Erfolg. Noch ist im Detail völlig offen, wer was wann stellen kann. Am Tag nach dem Gipfel wurde bekannt, dass die zusätzlichen Truppen gar nicht alle in Afghanistan stationiert werden, sondern mit Masse aus ihren Heimatländern eingeflogen werden sollen, wenn es brennt. Aus meiner Erfahrung heraus wird gerade dann, wenn es brennt, kein Soldat mehr eingeflogen.

Ich bin von meiner Natur aus ein abgrundtiefer Optimist. Ich befürchte allerdings angesichts der durchaus dramatisch zu nennenden Lage im Kosovo, mehr aber noch in Afghanistan, dass, wenn die europäischen NATO-Staaten nicht umgehend an die Umsetzung ihrer Zusagen gehen und wahr machen, was sie vollmundig versprochen haben, unsere Peacekeeping-Einsätze in einer Existenzkrise enden könnten.

In diesem Zusammenhang müssen endlich auch die Erfahrungen aus den bisherigen Friedenseinsätzen gezogen werden, die sich in Struktur und Zusammensetzung der Peacekeeping-Kräfte widerspiegeln müssen.

Entscheidend für die Stabilisierung eines Landes sind nicht nur die dafür speziell ausgebildeten und vorbereiteten militärischen Kräfte, sondern von frühestem Beginn an auch Polizei und Kräfte der Justiz, um Gesetz und Ordnung zu garantieren. Man braucht vor Ort sofort Menschen mit Erfahrung in politischen Administrationen, Wirtschafts- und Finanzfachleute ebenso wie Spezialisten, die Schulen und Universitäten wieder zum Laufen bringen, Banker und sonstige Kräfte für den dringend erforderlichen Wiederaufbau von Energie und Industrie sowie Landwirtschaft.

Es ist letztendlich diese zivile Komponente, die den Erfolg eines Peacekeeping-Einsatzes erst absichert. Es ist höchste Zeit, dass die Staaten der EU diese zivile Komponente aufbauen und ausbilden sowie mit den militärischen Kräften zusammenführen. Ich gehe davon aus, dass etwa ein Drittel aller Einsatzkräfte aus dieser zivilen Komponente bestehen wird, wie dies auch die Vereinten Nationen im so genannten Brahimi-Report in ähnlicher Weise gefordert haben.

Der große preußische Reformers Scharnhorst hat einst gesagt: „Prüft sorgfältig, bevor Ihr Bewährtes ändert, aber haltet nicht an Bewährtem fest, wenn dies die Lage nicht mehr länger rechtfertigt und die bewährte Lösung nicht mehr den Erfordernissen der Zeit entspricht.“

Es wird höchste Zeit, dass die europäischen Staaten diese neuen Lösungen mit Sachverstand und Tatkraft angehen.

### *Schlussfolgerungen*

Lassen Sie mich abschließend wieder auf die geostrategischen Herausforderungen zurückkommen. Eine enge Zusammenarbeit zwischen EU und NATO bleibt dabei das zentrale Fundament.

Die offenkundigen Fähigkeitsdefizite im Bereich des Luft- und Seetransports, der Luft-Luft-Betankung sowie die unzureichenden Kapazitäten auf dem Feld der Führung und Aufklärung sowie der Raketenabwehr haben zur Einrichtung der gemeinsamen „EU-NATO-Capability-

Group“ geführt, die gemeinsame Wege zur Behebung dieser Probleme finden soll.

Der gegenwärtige „bottom up“-Ansatz jedoch, der eine Zusammenarbeit dadurch stärken möchte, dass man vereinzelte Einheiten und Verbände grenzübergreifend näher zusammenführt und die national festgelegten Planungsergebnisse weitgehend unkoordiniert in ein europäisches Gesamtpaket zusammenfasst, genügt den Anforderungen von heute und morgen nicht mehr.

Ein „top down“-Ansatz muss die Planungen zwischen Regierungen der EU und ihren Streitkräften abstimmen, dazu klare Linien und verbindliche Strukturen vorgeben.

Dieser „top down“-Ansatz muss sich vornehmlich um die Angleichung der bisher rein national gefahrenen einzelstaatlichen Vorstellungen bemühen und in einen für alle Nationen auch finanziell verbindlichen Planungsansatz umsetzen. Dabei sollte der Gesamtumfang der europäischen Streitkräfte ebenso analysiert werden wie die rechtlichen Aspekte der Inneren Führung, eine gemeinsame Wehrordnung und die Übertragung nationaler Befugnisse auf eine demokratisch legitimierte europäische Ebene. Wirkliche europäische Streitkräfte entstehen nicht aus der Addition der unterschiedlichsten nationalen Vorstellungen, sondern können nur aus der politischen Übereinkunft von oben nach unten geschaffen werden.

Mit Network-Centric Warfare, mit der sich anbahnenden Realisierung von Brennstoffzellen-Motoren und der Miniaturisierung von Energiequellen eröffnen sich für die künftigen modernen Streitkräfte völlig neue taktisch-operative Dimensionen.

Eine derartige Truppe, führungstechnisch eingebunden in Network-Centric Warfare und eng gekoppelt mit unbemannten Aufklärungs- und Kampfdrohnen in der Luft, aber auch mit unbemannten Aufklärungsrobotern auf dem Boden, könnte mit wesentlich geringeren Kräften als heute sowie ohne umfangreichen logistischen Tross erfolgreiche und weitgehend unabhängige Operationen führen.

Es lohnt sich also für die Europäer, diese technischen Möglichkeiten, die natürlich heute noch in den Kinderschuhen stecken, voranzutreiben.

Dazu müssen aber die Hebel umgelegt, von vollmundigen leeren Versprechungen Abschied genommen und der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU der Stellenwert eingeräumt werden, der ihrer politischen und wirtschaftlichen Bedeutung entspricht und den die Welt von einem geeinten Europa erwartet. Nur dann wird Europa in der Lage sein, künftige strategische Entscheidungen dieser Welt nachhaltig mit beeinflussen zu können.

Die Europäer sollten den Siegeszug modernster Technologie und die sich daraus ergebenden politischen Möglichkeiten voll ausloten, um die Option in greifbare Nähe zu rücken, die der chinesische Stratege SunZu vor rund 2400 Jahren als die erfolgreichste bezeichnete: den Gegner und sein Machtpotenzial auszuschalten, ohne zerstörende Gewalt anzuwenden. ■